

HP  
3. 4. 86

# Münchehagen: Vorwürfe nach Polizisten-Tod

## Gewerkschaft nannte Objektschutz von Anfang an einen „gefährlichen Leichtsinn“

HANNOVER. Auch nach dem Tod eines jungen Polizisten, der im Dezember, Januar und März acht Tage zur Objektbewachung an der Sondermülldeponie Münchehagen eingesetzt war (NP berichtete), sieht die zuständige Bezirksregierung keinen Anlaß, bei den anderen

Beamten neue Untersuchungen über gesundheitliche Beeinträchtigungen einzuleiten. Das erklärte gestern ein Sprecher in Hannover.

Die Frage, ob sich der 28jährige Joachim Blümel eventuell an noch unbekanntem Deponiestoffen ver-

giftet haben könnte, wurde vom Sonderbeauftragten der Landesregierung für Münchehagen, Günter Feist, verneint. In den der Regierung vorliegenden Listen über die auf der Deponie gelagerten Abfälle waren keine Gifte aufgeführt.

Unterdessen haben alle Opposi-

tionsparteien im Landtag eine restlose Aufklärung der Todesursache von Joachim Blümel gefordert.

SPD, FDP und Grüne meinten, Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Möcklinghoff trügen persönlich die Verantwortung. Die

Gewerkschaft der Polizei (GdP) erinnerte gestern daran, daß sie schon 1985 den Objektschutz auf der Deponie einen „gefährlichen Leichtsinn“ genannt hatte. Auch die minimalsten Sicherheitsvorkehrungen seien erst auf Druck der GdP getroffen worden.

bov